

# SCHWEIZ

## RÜSTUNGSGÜTER

### Kritik an Geschäften der Ruag

*Gemeinsam mit einem indischen Konzern will Ruag einen Simulator entwickeln. Nach Pakistan werden Ersatzteile für ein Landeradar verkauft. Hilfswerke kritisieren die Handelsbeziehungen.*

Mit Mahindra Defence Systems in Indien sei vorläufig erst eine Absichtserklärung für die Entwicklung eines Schulungssimulators unterzeichnet worden, bestätigte Ruag-Sprecher Bruno Frangi einen Bericht der Zeitung «Der Bund». Ein Geschäft sei noch nicht abgeschlossen worden. Was aus der Zusammenarbeit mit der indischen Firma entspringe, lasse sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen. Die Frage nach der Bewilligungspflicht stelle sich erst, wenn Konkretes bekannt sei. Für den Simulator schreibe das Kriegsmaterialgesetz keine Bewilligung vor, sagte Frangi.

An ein pakistanisches Handelsunternehmen seien Ersatzteile für ein zivil und militärisch nutzbares Präzisions-Landeradar geliefert worden, sagte Frangi weiter. Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) sei vor der ersten Lieferung vor vier Jahren die Bestätigung eingeholt worden, dass die Ausfuhr keine Bewilligung brauche.

#### «Gesetze eingehalten»

Dieses Vorgehen zeige, dass die Ruag ihre Sorgfaltspflichten wahrnehme. «Wir sind gehalten, die schweizerischen Gesetze zu beachten und haben dies auch getan.» Hauptabnehmer der Ruag seien ohnehin die Schweiz und europäische Staaten.

Nach Indien und Pakistan darf seit den Atomtests von 1998 kein Kriegsmaterial ausgeführt werden. Das gilt für Waffen, Munition, Waffensysteme, militärische Sprengmittel sowie Ausrüstungen für Gefechtsführung, wie Othmar Wyss, Verantwortlicher für Exportkontrollen und Sanktionen im Seco, ausführte. Dual-Use-Güter dürften an die beiden Kriegsgegner geliefert werden, solange mit ihnen nicht Massenvernichtungswaffen, sondern lediglich zivile Güter oder konventionelle Waffen hergestellt werden. Ein Embargo für die Güter bestehe derzeit nicht, sagte Wyss. 1998 habe der Bundesrat allerdings «besondere Zurückhaltung» beim Export von Dual-Use-Gütern nach Indien und Pakistan angeordnet.

#### Hilfswerke üben Kritik

Peter Niggli, Geschäftsführer der entwicklungspolitischen Arbeitsgemeinschaft von sechs Schweizer Hilfswerken, hält die Pläne der Ruag für stossend: «An die Armeen zweier Länder, die miteinander in Konflikt stehen, sollte überhaupt nichts geliefert werden», sagte er. *sda*

## ANDREAS LADNER

# «Krise ist ein grosses Wort»

*Die Schweiz stecke in einer Übergangsphase, sagt Politologe Andreas Ladner von der Uni Bern. Die Parteien stünden mitten in einem Selbstfindungsprozess. Eine politische Krise sei das nicht.*

#### Interview: David Sieber

**Herr Ladner, Bundesrat Leuenberger sagt, die Schweiz stehe vor einer politischen Krise (Ausgabe von gestern). Teilen Sie diese Ansicht?**

Andreas Ladner: Das ist ein grosses Wort für das, was jetzt passiert. Ich denke, die Schweiz steckt in einer Übergangsphase. Die Parteienlandschaft ist polarisiert, der Bundesrat anders zusammengesetzt, das politische Kräfteverhältnis hat sich verändert. Es ist also nichts als normal, dass die Politik in anderen Bahnen verläuft als früher.

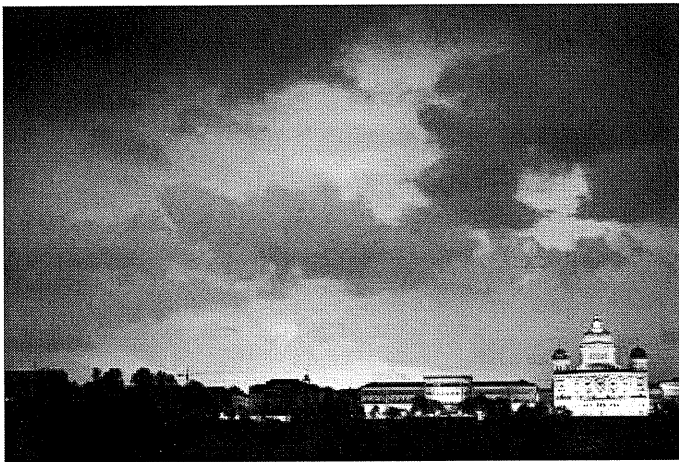
**Ist der Wille zum Konsens, das Wissen, dass am Ende eine mehrheitsfähige Lösung zu Stande kommen muss, verschwand?**

Die politischen Player wären naiv, wenn sie dies nicht mehr wüssten. Aber der Wille, einen Konsens zu erreichen, scheint derzeit nicht vorhanden zu sein. Dies aus zwei Gründen: Die Akteure wissen selbst nicht mehr, was sie wollen. Und man traut sich gegenseitig nicht mehr.

**Derzeit betreiben alle Parteien ein wenig Opposition.**

Das liegt daran, dass die Parteien ihre Rolle und ihre Position in diesem neuen Machtgefüge am Suchen sind. Dadurch nimmt die Verlässlichkeit aller politischen Partner ab. So muss die FDP schauen, dass sie als eigenständige politische Kraft wahrgenommen wird und neben der SVP nicht untergeht.

**Wurde die FDP, die vehement für einen Bundesrat Blocher**



Die dunkeln Wolken über dem Bundesthaus deuten gemäss Andreas Ladner nicht auf eine politische Krise hin. Das Donnerrollen der Parteien gehört zu deren Selbstfindungsprozess. BILD CARMELO AGOVINO

**eintrat, vom unveränderten SVP-Kurs überrascht?**

Das Problem der FDP ist nicht die Disziplinierung der SVP zur staatstragenden Partei. Das Problem ist vielmehr, dass sich die Freisinnigen auf eine Richtung und eine Position einigen müssen, die ihnen in Zukunft wieder mehr Popularität und Wählerstimmen garantieren. Deshalb versucht die FDP ausserhalb der Regierungstreue Profil zu gewinnen. Zum Beispiel,



Andreas Ladner BILD BAUMANN

indem sie gegen ihren Bundesrat Pascal Couchepin antritt und die Erhöhung der Mehrwertsteuer für die AHV ablehnt.

**Auch die CVP sucht ihre Linie.** Deren Ausgangslage ist noch schlechter. Sie verliert bei Wahlen schon seit längerem und hat einen Sitz im Bundesrat verloren. Auch die CVP muss entscheiden, ob sie sich nach links oder nach rechts orientiert und wo sie sich von den anderen Parteien abhebt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass man auch bei den Christdemokraten keine klare Linie erkennen kann. Überdies braucht sie auch noch einen neuen Kopf an der Parteispitze.

**Keine Identitätskrise scheint von aussen betrachtet die SVP zu haben.**

Auch für die SVP wird sich die Frage stellen, ob sie so weiter machen kann oder zeigen muss, dass sie nun mit zwei Bundesrä-

ten in der Regierung vertreten ist und demzufolge mehr Regierungsverantwortung zu tragen hat. Sie wird sehr differenziert auftreten müssen, um zu zeigen, dass auch sie zu Kompromissen fähig ist.

**Sehr differenziert sind die Plakate mit den roten Ratten aber nicht.**

Man darf das nicht überbewerten. Die SVP hat ihren Stil und ihre Sprachregelung noch nicht gefunden. Denn klar ist: Ihre Legitimation, Opposition zu betreiben, hat abgenommen.

**Nicht die Schweiz steckt also in einer politischen Krise, sondern die Parteien in einem Selbstfindungsprozess.**

Ja. Es wäre auch erstaunlich, wenn die Veränderungen im Kräfteverhältnis geräuschlos vonstatten gingen und keinen Einfluss auf die politischen Geschäfte hätten, die vor den Wahlen aufgelegt worden sind.

**Kann die SP davon profitieren, dass die Bürgerlichen sich selbst beschäftigt sind?**

Das hängt davon ab, wie sie sich positionieren will. Und das ist ja noch nicht klar. Die Frage, ob man pointiert links politisieren will oder die Mitte ins Visier nimmt, ist intern ungeklärt. Aber wie auch immer die Richtungsdiskussion ausgeht, längerfristig gesehen, wird es für die SP nicht einfacher, im bürgerlichen Lager Partner für ihre Projekte zu finden.

**Immerhin hat sie am 8. Februar beim Mietrecht und bei der Avanti-Vorlage obsiegt.**

Es ist für die SP beruhigend, dass der Rechtsrutsch im Volk bisher so nicht stattgefunden hat. Sie muss aber aufpassen, dass sie nicht nur von der momentanen Schwäche der andern lebt. Sie darf nicht einfach nur Nein sagen, sondern muss selbst aktiv werden und Lösungen präsentieren.

**Wieso wählt das Volk eigentlich rechts, stimmt dann aber nicht entsprechend?**

Die Situation ist derzeit verwirrt und unübersichtlich. Man weiss nicht genau, wer für was ist und aus welchen Gründen man Nein oder Ja stimmen soll. Zum Beispiel: Ist die SVP nun für das Steuerpaket, über das am 16. Mai abgestimmt wird, oder nicht? Die Antwort: sowohl als auch. Die Bundeshausfraktion ist dafür, viele Regierungsrate dagegen. Zudem sind Paketlösungen, wie die Avanti-Vorlage, oft zu komplex, sodass man im Zweifelsfalle lieber Nein sagt.

**Was wird nach dem Ende der jetzigen Übergangsphase passieren?**

Wenn man die Politiker beim Wort nimmt, wird vieles in diesem Land besser werden. Es ist aber eine offene Frage, ob es Bundesrat und Parlament gelingen wird, eine Politik zu etablieren, von der alle Bevölkerungsschichten profitieren. *♦*

## BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG 2003

# Geburtenzahl nahezu auf Rekordtief

*Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz hat im letzten Jahr um 50000 oder 0,7 Prozent auf 7367900 Personen zugenommen. Der Geburtenüberschuss weist den tiefsten Wert seit 1918 auf.*

Die Zuwachsrate von 0,7 Prozent war gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig. Die Zunahme der gesamten ständigen Wohnbevölkerung ergab sich aus einem Geburtenüberschuss (Geburten abzüglich Todesfälle) von 8000 und einem Einwanderungsüberschuss (Einwanderungen abzüglich Auswanderungen) von 42000 Personen.

#### Weniger Geburten

Die Geburtenzahl sank um 1,2 Prozent auf 715000. Der seit 1992 feststellbare Rückgang der Geburten setzte sich somit weiter fort. Seit 1918, dem Jahr der Spanischen Grippe, wurde kein tieferer Geburtenüberschuss verzeichnet. Die Zahl der Todesfälle nahm um 2,8 Prozent auf 63500 zu.

Trotz der Hitzewelle im vergangenen Sommer war somit laut Bundesamt für Statistik kein signifikanter Anstieg der Todesfälle zu beobachten. Deren Zahl bewegt sich seit dem Jahr 1990 jährlich zwischen 62000 und 63700.

#### Weitere Alterung

Die Bevölkerung wird immer älter. Seit 1990 stieg der Anteil der 65-Jährigen und Älteren von 14,6 Prozent auf 15,6 Prozent, während in der gleichen Zeitspanne der Anteil der 20-Jährigen und Jüngeren von 23,4 Prozent auf 22,5 Prozent und der 20- bis 39-Jährigen von 31,2 Prozent auf 28,0 Prozent abgenommen hat.

Der Altersquotient (Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu den 20- bis 64-Jährigen) nahm weiterhin leicht auf 25,2 Prozent zu, während der Jugendquotient (Verhältnis der 0- bis 19-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen) mit 36,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr um weitere 0,4 Prozentpunkte fiel.

#### Kantonale Unterschiede

Das Bevölkerungswachstum verlief in den einzelnen Kantonen

der Schweiz unterschiedlich. Zehn Kantone verzeichneten Zuwachsraten, die über dem Schweizer Mittel von 0,7 Prozent lagen. An der Spitze befanden sich die drei Kantone Freiburg (plus 1,5 Prozent), Schwyz (plus 1,4 Prozent) und Zug (plus 1,3 Prozent).

2003 nahm die Bevölkerung in drei Kantonen leicht ab: in Aargau und Basel-Stadt (je minus 0,2 Prozent) sowie im Jura. Nahezu ein Drittel der Bevölkerung der Schweiz (29,9 Prozent) lebt in den Kantonen Zürich und Bern. Zürich zählt als bevölkerungsreichster Kanton 1,25 Millionen Einwohner, Innerrhoden als kleinster knapp 150000.

#### 20,5 Prozent Ausländer

Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) mitteilt, betrug der Ausländeranteil vergangenes Jahr 20,5 Prozent. Laut dem Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (Imes), das die internationalen Funktionen nicht mitzählt, lag der Ausländeranteil bei 20,1 Prozent.

Erstmals seit über 10 Jahren sind 2003 mehr EU-Angehörige

in die Schweiz eingewandert als aus Drittstaaten. Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung stieg um 1,6 Prozent auf 1,471 Millionen Personen. Dies zeigt die am Montag publizierte Imes-Jahresstatistik. Im letzten Jahr wurden nach seinen Angaben 37070 Personen eingebürgert.

Die Einwanderung aus den EU-Staaten war mit 50000 Personen höher als jene aus Nicht-EU-Staaten (44000). Das Imes führt das auf das seit dem 1. Juni 2002 gültige Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und die schwächere Zuwanderung aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien zurück. *sda*

## RUBRIKENVERZEICHNIS

Liegenschaftsmarkt mit Inhaltsverzeichnis	8
Kreuzworträtsel/Horoskop	9
TVRadio	19
Todesanzeigen/Danksagungen	
Berner Zeitung	28, 30
Berner Oberländer	30, 31
Thuner Tagblatt	30, 31
Solothurner Tagblatt	28, 30
Flohmarkt	18
Ausgehen	38
Kinos/Ausgehen	39
Weitere Hinweise auf den Lokalseiten.	

